



Mag.^a Beate Hartinger-Klein
Bundesministerin
Stubenring 1, 1010 Wien
DVR: 0017001

E-Mail Antworten sind bitte unter Anführung
der Geschäftszahl an die E-Mail Adresse
post@sozialministerium.at zu richten.

GZ: BMASGK-59201/0004-V/A/1/2018

Wien, 29.3.2018

Betreff: EU-Rat "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit u. Verbraucherschutz"

Vortrag an den Ministerrat

Am 15. März 2018 fand in Brüssel die 3606. Tagung des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ statt. Den Vorsitz führte der bulgarische Minister für Arbeit und Sozialpolitik, Biser Petkov. Für die Europäische Kommission nahmen Vize-Kommissionspräsident Valdis Dombrovskis, Kommissarin Marianne Thyssen sowie Kommissarin Vera Jourová teil. Österreich war durch mich vertreten.

Im Rahmen der Ratstagung fand eine **Orientierungsdebatte zur Zukunft des sozialen Europas nach 2020** statt. Die Diskussion fokussierte auf die politischen Prioritäten für Aufwärtskonvergenz im Sozial- und Beschäftigungsbereich nach 2020, auf die Verbesserung der Sichtbarkeit von EU Investitionen im Sozialbereich sowie auf die zukünftigen Investitionsprioritäten des Europäischen Sozialfonds. Ich sprach mich in diesem Zusammenhang für die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips sowie die stärkere Zusammenarbeit auf EU-Ebene in den großen Fragen aus und unterstrich das Bekenntnis von Österreich zu dem von der EK im Weißbuch zur Zukunft Europas vorgeschlagenen Szenario 4 „Weniger aber effizienter“. In Bezug auf die Prioritätensetzung nach 2020 hob ich die Förderung von intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen sowie die Herausforderungen und Möglichkeiten der Digitalisierung von Arbeit hervor. Weiters unterstrich ich die Notwendigkeit zur Reduzierung bürokratischer Lasten.

Zum **Top Europäisches Semester 2018** wurden der gemeinsame Beschäftigungsbericht sowie die Ratsschlussfolgerungen zum Jahreswachstumsbericht 2018 und dem gemeinsamen Beschäftigungsbericht vom Rat angenommen. Die von der Europäischen Kommission präsentierten Länderberichte wurden vom Rat zur Kenntnis genommen.

Der Rat billigte die Kernbotschaften des Beschäftigungsausschusses zur **Umsetzung der Jugendgarantie**. Darüber hinaus nahm der Rat eine Empfehlung zu einem **Europäischen Rahmen für eine hochwertige und nachhaltige Lehrlingsausbildung** an.

Im Rahmen der Ratstagung fand auch eine **Orientierungsdebatte zur Verringerung des Lohngefälles zwischen Frauen und Männern** als Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der europäischen Säule sozialer Rechte statt. Ich betonte die Wichtigkeit der Kombination von Maßnahmen – insbesondere sowohl Maßnahmen, um die strukturellen Faktoren für den hohen Gender Pay Gap zu reduzieren, als auch der Bedarf an verstärkten Maßnahmen, um die Einkommenstransparenz zu erhöhen. Zusätzlich angesprochen wurde der Abbau von Hindernissen für Frauen bei der Ausübung einer Vollzeitstelle und, die Förderung von Karriereperspektiven für Frauen in allen Berufsbranchen.

Unter Punkt **Sonstiges** informierten der Vorsitz und die Europäische Kommission über den **Dreigliedrigen Sozialgipfel**. Die Europäische Kommission stellte das **Paket zu sozialer Gerechtigkeit** mit dem Vorschlag der Einrichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde sowie dem Vorschlag für eine Empfehlung zum Zugang zum Sozialschutz für ArbeitnehmerInnen und Selbstständige vor. Abschließend präsentierte die Kommission die vom Europäischen Rat im Dezember 2017 beauftragte Mitteilung zum Monitoring der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte. Die Vorsitzenden des Beschäftigungsausschusses und des Sozialschutzausschusses präsentierten die Arbeitsprogramme der beiden Ausschüsse für 2018. Der **Rat nahm diese Informationen zur Kenntnis**.

Auf Ersuchen von Tschechien wurde unter Sonstiges der TOP Entsende-RL (Sachstand) aufgenommen. Tschechien und einige andere MS betonten die Notwendigkeit eines rechtssicheren und umsetzbaren Textes.

Ich habe die Tagung des BESO-Rates außerdem zu mehreren bilateralen Gesprächen genutzt, darunter mit dem Vizepräsidenten der EK Kommissar Dombrovskis, dem niederländischen Minister für soziale Angelegenheiten und Beschäftigung Wouter Koolmees, der finnischen Ministerin für Soziales und Gesundheit Pirkko Mattila, dem finnischen Minister für Justiz und Beschäftigung Jari Lindström, dem britischen Staatssekretär für Beschäftigung Alok Sharma, dem bulgarischen Minister für Arbeit und Sozialpolitik Biser Petkov sowie dem Generaldirektor im Generalsekretariat des Rates Ángel Boixareu.

Themen waren unter anderem die Schwerpunkte des Arbeitsprogramms der österreichischen Bundesregierung im Bereich Beschäftigung und Sozialpolitik sowie aktuelle Fragen auf EU-Ebene.

Ich stelle den

A n t r a g,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

29.3.2018

Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz



Mag. Beate Hartinger-Klein